

Willi Finck

Zwischen Licht und Schatten – Kriegsblinde in der DDR

Geschichtliches zur politischen,
organisatorischen und sozialen Lage
Kriegs- und Wehrdienstblinder



WILLI FINCK

ZWISCHEN LICHT UND SCHATTEN

KRIEGSBLINDE IN DER DDR

GESCHICHTLICHES ZUR POLITISCHEN,
ORGANISATORISCHEN UND SOZIALEN
LAGE KRIEGS- UND WEHRDIENSTBLINDER
IN OSTDEUTSCHLAND (1945-2004)

DAS LEBEN WIRD VORWÄRTS GELEBT UND RÜCKWÄRTS VERSTANDEN.

SØREN KIERKEGAARD

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist
bei der Deutschen Bibliothek erhältlich

Willi Finck: Zwischen Licht und Schatten – Kriegsblinde in der DDR.

© 2005 by Ingo Koch Verlag
Warnowufer 20, 18057 Rostock

Herstellung: sickinger DIGITAL&OFFSETDRUCK

ISBN

INHALT

VORBEMERKUNGEN	9
EINLEITUNG	12
1. DER ALLIIERTE KONTROLLRAT FÜR DEUTSCHLAND, DAS EINGESCHRÄNKTE VEREINSRECHT UND KONTROVERSE POSITIONEN UNTER DEUTSCHEN BLINDEN	14
2. DIE BESONDERE POLITISCH-ORGANISATORISCHE LAGE DER KRIEGSBLINDEN IN GROSS-BERLIN	20
3. DAS KAUSALPRINZIP UND DIE NEUE ORGANISATORISCHE UND VERSORGUNGSRECHTLICHE LAGE DER KRIEGSBLINDEN IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE UND DDR – VERGLEICHE ZUR BRD	24
4. DER DELEGATIONSUSTAUSCH ZWISCHEN DEM ALLGEMEINEN DEUTSCHEN BLINDENVERBAND (ADBV) UND DEM BUND DER KRIEGSBLINDEN DEUTSCHLANDS (BKD) 1960	40
4.1. Zur Vorgeschichte	40
4.2. Der Besuch einer Delegation des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands in der DDR im April 1960	43
4.3. Die Delegation des Allgemeinen Deutschen Blindenverbandes zu Besuch beim Bund der Kriegsblinden Deutschlands im September 1960	46
5. KRIEGSBLINDE IM ORGANISATIONSLEBEN DER BLINDEN	51
5.1. Kriegsblinde in den Blindenausschüssen bis zur Gründung des Verbandes	51
5.2. Kriegsblinde im Blindenverband der DDR	54

6. KRIEGSBLINDE IM ÖFFENTLICHEN LEBEN.....	62
6.1. Kriegsblinde und die Wertung ihrer soldatischen Vergangenheit.....	62
6.2. Die Integration Kriegsblinder in Gesellschaft und Beruf.....	69
7. KUR- UND ERHOLUNGSFÜRSORGE FÜR KRIEGSBLINDE	86
8. KRIEGSBLINDE AUF INTERNATIONALEN VERANSTALTUNGEN DES BLINDEN- UND SEHSCHWACHEN-VERBANDES IN DER DDR	89
8.1. Die internationale Arbeitskonferenz über Fragen des Blindenwesens 1960 in Leipzig.....	90
8.2. Die Internationalen Symposien zu Fragen der Rehabilitation und Integration sehgeschädigter Menschen in Berlin 1967-84	91
8.3. Die internationalen Erfahrungsaustausche im Ostseebad Boltenha- gen 1961 – 1990.....	88
9. DIE GESELLSCHAFTLICHE WENDE UND PROBLEME DES NEUBEGINNS.....	103
9.1. »Eine ›Wende‹, wie sie nicht sein sollte«.....	103
9.2. Organisatorischer Neubeginn mit alten Kräften.....	108
9.3. Unterstützung des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands beim Aufbau der Gliederungen in den neuen Bundesländern.....	114
9.4. Über soziale Bindungen zwischen Zivil- und Kriegsblinden und ihre Nachwirkungen in den BKD-Gliederungen der neuen Bundesländer	116
9.5. Probleme der Erschließung von Finanzmitteln für zusätzliche Fürsorgemaßnahmen	119
9.6. Rentenkaptalisierung für Kriegsofper.....	110

10. KRIEGS- UND WEHRDIENSTBLINDE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IHRE POLITISCHEN UND VERSORGUNGSRECHTLICHEN PROBLEME.....	125
10.1. Versorgungsaspekte ehemaliger Berufssoldaten der Wehrmacht in den neuen Bundesländern	125
10.2. Versorgungsfragen ehemaliger Angehöriger der Nationalen Volksarmee.....	128
11. DEUTSCHE KRIEGSBLINDE IM GEFLECHT VON TRADITIONEN UND TRADITIONSBRÜCHEN IN MILITÄR UND GESELLSCHAFT	132
11.1. Der militärische Aufbau im Nachkriegsdeutschland – Reaktionen der Bevölkerung, speziell der Kriegsblinden	132
11.2. Über militärische Traditionen und Traditionsverbände.....	136
11.3. Das Eiserne Kreuz und die Staatssysteme	140
11.4. Das Lied vom »Guten Kameraden« im Traditionswandel.....	148
11.5. Vaterland, Tradition und Politik	152
11.6. Über Deutsche Nationalhymnen	160
12. OSTDEUTSCHE SEHGESCHÄDIGTE IM WERTUNGSSPIEGEL SOZIAL-HUMANITÄRER ARBEIT (1945 – 2005)	164
EPILOG.....	180
ANHANG	187
DER BUND ERBLINDETER KRIEGER UND DAS DRITTE REICH – EINE LITERATURANALYSE	187
Einleitung.....	187
1. Vorweggestellt: Der 30. Januar 1933 und der »Tag von Potsdam« – gravierende Folgen für Kriegsoffer	189
2. Die Loyalitätserklärungen Deutscher Spitzenverbände der Blinden und ihre Zustimmung zur Arierpolitik des NS-Regimes	192

3.	Der Bund erblindeter Krieger im Spiegel der NS-Politik und NS-Weltanschauung.....	194
3.1	Die Zeitschrift »Der Kriegsblinde« als Organ des Bundes erblindeter Krieger und seine Funktion im Dienst des NS-Regimes	194
3.2	Der Bund erblindeter Krieger, die Gleichschaltung und das Führerprinzip.....	196
3.3	Der Führerkult im Bund erblindeter Krieger	199
3.4	Versorgungs- und Fürsorgeprobleme.....	202
3.5	Das Soldatentum – reflektiert in der Zeitschrift »Der Kriegsblinde«	203
3.6	Soldatentum und Rasse.....	204
3.7	Der Bund erblindeter Krieger und der Arierparagraph... Der Sonderfall Fritz Assmy	206 209
4.	Das Adolf-Hitler-Kriegsblindenhaus	214
5.	Die Bundesvorsitzenden und Schriftführer des BeK/BKD.....	218
5.1	Zeitliche Abfolge.....	218
	Die Bundesvorsitzenden, von 1933 bis 1945 Bundesführer	218
	Die Schriftleiter	218
5.2	Zum Funktionswechsel der Bundesführer des BeK während des Dritten Reiches und ihre Tätigkeit in den Nachkriegsjahren.....	219
	Bundesführer.....	219
	Schriftleiter	221

VORBEMERKUNGEN

Als im Jahre 1945 der Zweite Weltkrieg beendet war, gab es in Deutschland gut 11.000 Kriegsblinde. Nach einer Statistik des Blinden- und Sehschwachen-Verbandes lebten davon rund 2300 in der DDR. Wie wirkten die gesellschaftlichen und staatspolitischen Verhältnisse der DDR auf diese Bevölkerungsgruppe? Welcher Art waren ihre Beziehungen zum Bund der Kriegsblinden Deutschlands (BKD) in der Bundesrepublik Deutschland? Welche neuen Existenzbedingungen entstanden mit und nach der Wende für die Kriegsblinden in den neuen Bundesländern? Auf diese und andere Fragen wird in der vorliegenden Arbeit versucht aus historischer Sicht eine Antwort zu geben.

Als Ergebnis der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg entstanden 1945 die Besatzungszonen der vier Siegermächte sowie 1949 die beiden deutschen Staaten: die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Demzufolge hatten beide Staaten auch die Ein- und Auswirkungen des untergegangenen Dritten Reiches auf die Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu bewältigen. Hierin ist die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und der DDR als Teil der historischen Entwicklung Deutschlands einzuordnen. Die Geschichtsschreibung hat dabei nicht nur die tragenden politischen Strukturen und ihre Auswirkungen zu berücksichtigen, sondern auch Teilbereiche innerhalb dieser Strukturen.

Unserer Themenstellung entsprechend sind dies historische Betrachtungen der politischen, organisatorischen und sozialen Lage Kriegsblinder in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR sowie in den neuen Bundesländern. Weil sich der größte Teil der Untersuchungen auf die DDR-Zeit bezieht, ist ihr Haupttitel auch auf die DDR orientiert. Darüber hinaus wird sowohl die Sowjetische Besatzungszone als auch die Nachwendezeit bis 2004 beleuchtet, worauf der Untertitel mit dem Begriff »Ostdeutschland« verweist. Zum insgesamt ostdeutschen Problembereich gehört auch die Darstellung der besonderen politisch-organisatorischen Lage Kriegsblinder in Groß-Berlin. Sie war einerseits mit den politischen Bedingungen des sowjetischen Sektors, andererseits aber auch mit de-

nen der Westsektoren innerhalb Berlins verknüpft. Hier wie dort ist die politisch-organisatorische Situation der Kriegsblinden nur gemeinsam mit den Zivilblinden darzustellen. Das Gleiche trifft in noch stärkerem Maße und länger für die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR zu. Es existierten hier gemeinsame Organisationsformen von Zivil- und Kriegsblinden. Das wirkt erschwerend auf die Darstellung der besonderen Situation Kriegsblinder im Osten.

Im Zusammenhang mit der Beschreibung der Lebensbedingungen ostdeutscher Kriegsblinder werden auch bestimmte Situationsaspekte westdeutscher Kriegsblinder Berücksichtigung finden müssen, zumal die wechselseitige Wahrnehmung der Lage west- und ostdeutscher Kriegsblinder eine Rolle spielte, vermittelt durch mancherlei Publikationen und Zeitschriften sowie durch postalische und persönliche Kontakte.

Weiterhin wird verdeutlicht, wie manche durch DDR-Verhältnisse geprägte Existenzweisen von Kriegsblinden und deren soziale Erfahrungen auch nach dem Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik und der politischen Wende 1990 in die Verhältnisse der neuen Bundesländer hinein wirkten, und sich oft auf ambivalente und problemhafte Weise mit den neuen gesellschaftlichen Bedingungen verknüpften. Dies erfordert auch, die hieraus resultierenden Besonderheiten der Situation von Kriegs- und Wehrdienstblinden in den ostdeutschen Bundesländern mit einzubeziehen. Es ist noch anzumerken, dass die beiden letzten Kapitel dieser Arbeit über Probleme der Kriegsblinden in ihrer gesellschaftlichen Einbettung hinausgehen. Die hierin behandelten Sachverhalte betreffen sowohl Zivil- als auch Kriegsblinde in ihrer Einbindung in Geschichte und Politik.

Schließlich wird als Anhang der vorliegenden Schrift die Haltung des Bundes erblindeter Krieger (BeK) während des Dritten Reiches in Form einer Literaturanalyse dargestellt.

Obwohl der Begriff »Wende« politisch sehr unscharf ist, wird er in der vorliegenden Arbeit auch ohne das Adjektiv »politisch« seiner Verbreitung wegen vom Autor benutzt.

Der Autor dieser Abhandlung ist als Kriegsblinder gleichzeitig Betroffener, Akteur und Zeitzeuge des zu untersuchenden historischen

Teilprozesses. Dieser Sachverhalt kann zwar durch die Unmittelbarkeit des Erlebens einer optimalen Annäherung an die historische Wahrheit dienlich sein, er birgt jedoch auch die Gefahr einer subjektiv gefärbten Interpretation in sich. Das Bemühen des Verfassers, sachlich und kritisch zu sein, schließt die Möglichkeit einer kritischen Betrachtung seiner Darstellungen durch Dritte selbstverständlich nicht aus.

Die Quellenlage war für die Bearbeitung der Thematik zufriedenstellend. Wesentliche Quellen fanden sich vor allem im Schrifttum des Blinden- und Sehschwachen-Verbandes der DDR (BSV), insbesondere in der Zeitschrift »Die Gegenwart« sowie im Schrifttum des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands (BKD), hier vor allem in der Zeitschrift »Der Kriegsblinde« und im Schrifttum des Deutschen Blindenverbandes (DBV). Fernerhin war es Literatur des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr sowie militärgeschichtliche Literatur aus Ost- und Westdeutschland. Die Quellenangaben sind wegen des blindengerechten Lesens im laufenden Text angegeben. Außerdem wurden Zeitzeugen in Ost und West befragt, die als Informanten relevante Aussagen der vorliegenden Arbeit bestätigten beziehungsweise neue Erkenntnisse brachten. Dies gilt besonders für Eva Pielasch, Berlin, Dr. Hartmut Mehls, Berlin, Werner Kriegel, Oschatz, Dr. Manfred Schmidt, Berlin, Heinrich Johanning, Oldenburg und Johannes Schroer, Geldern. Besonders dankenswerte Unterstützung wurde dem Verfasser zuteil von der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig (DZB) sowie von der Bibliothek der Blindenstudienanstalt in Marburg/Lahn als auch von der Schriftleitung der Zeitschrift »Der Kriegsblinde«.

Weiterhin dankt der Verfasser allen Freunden, Bekannten und Kameraden, die ihn bei der Arbeit am Manuskript sachkundig unterstützten. Ausdrücklicher Dank für ihre inhaltlichen Anregungen gilt Almut Roberts. Ebenso dankenswert sind ihre sowie Angela Strelows assistierende Tätigkeit, hier sind insbesondere die aufwendigen Schreib- und Korrekturarbeiten hervorzuheben.

Rostock, im Dezember 2004

Willi Finck

EINLEITUNG

Nachdem die staatliche Einheit Deutschlands vollzogen war, befinden wir uns bis heute in einer ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft sowie verstärkt in einem voraussichtlich langwierigen Prozess, der als die innere, die geistig-mentale Wiedervereinigung der Deutschen bezeichnet wird.

Wenn man die Kriegsblinden im Westen und Osten Deutschlands unter dem Aspekt ihrer Beziehungen zueinander betrachtet, dann ist dies nicht möglich, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen sie lebten beziehungsweise leben. Hans Zehrer schreibt im »Kriegsblindenjahrbuch 2000« auf Seite 59 wie folgt:

»Niemand kann sich die Zeit aussuchen, in die er hineingeboren wird. Er muß mit und in ihren Wirrungen leben. Der Zeitgeist und seine Strömungen werden für sein Dasein bestimmend sein.«

Die sozial-ökonomischen Bedingungen beeinflussten in ihrer Divergenz die Lebensbedingungen der Menschen des geteilten Deutschlands und erzeugten hüben und drüben eine doch sehr unterschiedliche Denkweise und Gefühlsstruktur. Aus diesem Umstand ergeben sich die Probleme, die den Prozess der geistig-mental Wiedervereinigung der Deutschen so schwierig gestalten. Roman Herzog betonte in seiner Berliner Antrittsrede als Bundespräsident unter anderem, dass sich Erstaunen breit mache, wenn wir im Prozess der Wiedervereinigung auch geistige und mentale Unterschiede feststellten und dass »... dieses Erstaunen zeigt, wie weit wir uns voneinander entfernt haben.« Und weiter: »Aber haben wir denn im Ernst annehmen können, wir wären nach 40 Jahren der Trennung, der unterbundenen oder zumindest sehr erschwerten Information, der unterschiedlichen Lebenserfahrungen und dazu noch nach zweimaligem Generationswechsel sowohl westlich wie auch östlich der Mauer noch dieselben – wohlgemerkt dieselben, von denen uns unsere Großeltern erzählt haben? Das kann doch nicht sein, und es ist auch nicht so.« (vgl.: Bulletin der Bundesregierung Nr. 640, 5. Juli 1994, S. 610)

Zum Tag der deutschen Einheit im Oktober 1994 führte Roman Herzog weiterhin aus:

»... daß wir uns wechselseitig unsere Biographie erzählen, um daraus Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen, daß wir uns austauschen und dabei unsere Einheit finden, denn am Ende kann ein Volk, wie übrigens ganz Europa, nicht mit zwei Geschichten leben, sondern es muß eine einheitliche ehrliche und nach keiner Seite geschönte Geschichte daraus werden.« (vgl.: Bulletin der Bundesregierung Nr. 91, 6. Oktober 1994)

Ein anderer Aspekt, der ebenfalls die deutsch-deutsche Realität reflektiert, ist der Gebrauch einer bestimmten Terminologie. Darum sollen in dieser Arbeit die auf Deutschland bezogenen Begriffe einer differenzierten Betrachtung unterzogen werden. Der im Titel benutzte Begriff »Ostdeutschland« soll die ganze Periode, angefangen mit der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone im Ostteil Deutschlands, über die DDR-Existenz bis hin zur Gegenwart der neuen Bundesländer, erfassen. Wo es die konkreten Sachverhalte erfordern, sind selbstverständlich auch die historisch-konkreten Staatssysteme benannt. Für den Zeitraum nach der politischen Wende von 1990 an werden die Termini »Ostdeutschland«, »Ostdeutsche Bundesländer« und »neue Bundesländer« synonym gebraucht. Der wahrscheinlich wegen der allgemeinen Abkürzungsbestrebungen verbreitete Begriff »neue Länder« findet hier keine Verwendung. Er trägt der historischen Entwicklung in Deutschland nicht Rechnung, denn die neuen Bundesländer sind nur im Verband der föderalen Bundesrepublik neu, nicht aber außerhalb desselben. Ebenfalls findet in der vorliegenden Arbeit der Begriff »Beitrittsgebiet« keine Verwendung. Er mag verfassungsrechtlich aus seinem Entstehen heraus (Herrenchiemsee 1948/1949) korrekt sein. Jedoch entspricht er nicht den Gefühlen der Menschen, insbesondere nicht der Mentalität der ostdeutschen Bürger.

I.

DER ALLIIERTE KONTROLLRAT FÜR DEUTSCHLAND, DAS EINGESCHRÄNKTE VEREINSRECHT UND KONTROVERSE POSITIONEN UNTER DEUTSCHEN BLINDEN

Nach der Niederlage Deutschlands im Mai 1945 galt es landesweit der Trümmer Herr zu werden, welche vor allem eine Folge von Luftangriffen waren. Schwierig und langwierig gestaltete sich die Neuorientierung der Menschen unter den Bedingungen der vier Besatzungsmächte. Nun übten letztere durch ihren alliierten Kontrollrat für Deutschland die oberste politische Macht aus. Unter seiner Kontrolle fungierten die deutschen Landesbehörden. Die Beschlüsse des alliierten Kontrollrates wiesen eindeutig die politische und ökonomische Richtung: die Überwindung der faschistischen Ideologie, das Produktionsverbot für militärische Ausrüstungen, die Festlegung und Kontrolle der Reparationsleistungen sowie die Maßnahmen zum Wiederaufbau der Wirtschaft und Gesellschaft.

Für unseren Untersuchungsgegenstand war zunächst der alliierte Kontrollrat insofern von Bedeutung, als er über die Zulassung oder Wiederzulassung gesellschaftlicher Organisationen entschied. Es sind deutschlandweit keine Organisationen wieder zugelassen worden, die militärischen beziehungsweise militaristischen Charakter trugen. Dies traf ebenso zu für die äußere Zurschaustellung von Symbolen, die mit dem Krieg in Zusammenhang standen. Damit endete auch die Existenz des bis Kriegsende bestehenden Bundes »Bund erblindeter Krieger«. Es wurde untersagt, öffentlich Orden und Ehrenzeichen oder andere auf den Krieg bezogene Symbole zu tragen. Darunter fiel auch die gelbe Verkehrsschutzbinde mit den drei schwarzen Punkten und dem Eisernen Kreuz, wie sie bisher von Kriegsblinden getragen wurde. Wenn manche Kriegsblinde in der Sowjetischen Besatzungszone aus Tradition, Selbstbewusstsein, Stolz oder anderen Gründen dennoch diese Binde in der Öffentlichkeit trugen, wurden sie mehr oder weniger deutlich zum Ablegen derselben aufgefordert.

Weil gesellschaftliche Organisationen mit kriegsbezogenen Bezeichnungen vom alliierten Kontrollrat verboten waren, gründeten Kriegsblinde in den westlichen Besatzungszonen Verbände mit zivilem Namenscharakter. So entstanden in der britischen Besatzungszone der »St. Georg Bund der Erblindeten e.V.«, der »Bund erblindeter Körperversehrter Rheinland-Pfalz«, in der amerikanischen Besatzungszone der »Verband blinder Versehrter Bayerns« oder der »Hessische Bund der durch Gewalteinwirkung Erblindeten e.V.«. (vgl.: Demmel, H.: »Durch Nacht zum Licht«, München, 1995, S. 274) Im Land Baden existierte die Organisation zeitweilig allerdings noch unter dem Namen »Kriegsblindenverband«. Auch der neutrale Zeitschriftenname »Der Mittler«, das Organ für die Kriegsblinden in den oben genannten Verbänden, diente diesem Ziel und konnte so zum Bindeglied und zur Interessenvertretung der Kriegsblinden werden. (vgl.: Voigt, H.: »Meine lieben Kameraden«, in: »Der Mittler«, 9/1949) Wenn Max Schöffler diese Organisationen als »Kriegerbünde mit demokratischem Namen« (in: »Die Gegenwart«, 2/3, 1947, S. 17) bezeichnet, ist diese Position zumindest überzogen und einseitig. Die Leitungen dieser Organisationen wurden demokratisch gewählt und sie übten im Interesse der Kriegsblinden soziale Funktionen aus.

Zur Unterstreichung des zivilen Äußeren dieser Verbände wurden zeitweilig auch Berufsunfallblinde aufgenommen. Sie sind, wie viele Zeitzeugen berichteten, nach Gründung des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands (BKD) am 27.09.1949 sukzessiv ausgeschieden (Streichungen, Austritte, durch Ableben). Ab dem Gründungszeitpunkt des BKD gab es für diesen Personenkreis keine Neuaufnahmen mehr. Jedoch wurden ab 1995 unter kausalen Gesichtspunkten und im Blick auf die stark abnehmende Mitgliederzahl des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands auch Berufsunfallblinde wieder aufgenommen. Unter Berücksichtigung der veränderten Altersstruktur Kriegsblinder werden also bei der Aufnahme von Berufsunfallblinden nicht so sehr Aspekte der Kausalität als vielmehr der Opportunität beziehungsweise des Pragmatischen sichtbar.

In der Sowjetischen Besatzungszone wurde im Blick auf die Bildung eines einheitlichen Blindenverbandes ein öffentlicher Meinungsstreit geführt. Für die Bildung eines solchen Verbandes traten unter anderem ein: Otto Herrmann, Berlin (in: »Die Gegenwart«, 4/5, 1947), Georg Blöchinger, München (in: »Die Gegenwart«, 9/10, 1947, S. 11) und Max Schöffler, Leipzig. In Schöfflers Artikel »Offener Brief an die Blinden des Krieges«, (vgl.: »Die Gegenwart«, 2/3, 1947, S. 15 ff.) polemisiert er vehement gegen die Bildung von Verbänden der Kriegsblinden und ruft alle Blinden zum Zusammenschluss in einer einheitlichen Organisation auf:

»Schließt Euch daher zusammen, Ihr Männer und Frauen, die Ihr blind seid, in eine soziale Bewegung, mit einem einheitlichen Ziel und überwindet alle Hindernisse, die Euch in dieser Bestrebung entgegengesetzt werden.«

Wenn man weiß, dass der damalige Direktor der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig, Max Schöffler, sich über Jahrzehnte für die Belange der Blinden eingesetzt hatte, von 1932 bis 1933 Geschäftsführer des Bayerischen Blindenbundes war und wegen antifaschistischer Handlungen einige Male im Zuchthaus saß, dann wird verständlich, dass er wegen seines hohen Bekanntheitsgrades entsprechenden Einfluss auf Blinde hatte. Es soll hier unterstrichen werden, dass Max Schöffler prinzipiell mit Kriegsblinden zusammenarbeitete, jedoch nicht unter den Bedingungen eines eigenen Verbandes. Dies förderte die kontroverse Diskussion unter Kriegsblinden über die Bildung eines solchen eigenen Verbandes. Ausdruck hierfür sind auch die vielfältigen Briefe ostdeutscher Kriegsblinder an den Bund der Kriegsblinden Deutschlands. (vgl.: »Das Beispiel Ostzone«, in: »Der Kriegsblinde«, 3, 1951, S.6) Helmut Pielasch und Martin Jaedicke äußern zur damaligen Situation:

»Mit der demokratischen Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie der Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vollzog sich auch in dem relativ kleinen gesellschaftlichen Bereich der Blinden die Auseinandersetzung und das Ringen um ein neues und einheitliches Blindenwesen.«

Es wird dann weiter darauf verwiesen, dass im »Mittelpunkt dieses ideologischen Klärungsprozesses« die besondere Verantwortung der Kriegsblinden bezüglich ihres Strebens nach organisatorischer Verselbständigung stand. (Pielasch, H, Jaedicke, M.: »Geschichte des Blindenwesens in Deutschland und in der DDR«, Leipzig, 1971, S.181) Auch der Artikel von Max Schöffler »Die Schrittmacher« (vgl.: »Die Gegenwart«, 12, 1949) war nicht nur in der DDR, sondern auch in der BRD Gegenstand lebhafter Diskussionen. Friedrich Wilhelm Hymmen polemisiert zur Frage nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Zivilblinden und Kriegsblinden sowie zum Problemkreis einer einheitlichen oder eigenen Organisation der Kriegsblinden heftig gegen Schöffler. (vgl. Friedrich Wilhelm Hymmen: »Warum ein Kriegsblindenbund?«, in: »Der Kriegsblinde«, 2, 1950, S.3-4) Hinzu kam, dass die Zeitschrift der westdeutschen Kriegsblinden, »Der Mittler«, mit diesem politisch unverfänglichen Namen die Kontrollorgane der Sowjetischen Besatzungszone passierte und über den Postweg, aber mehr noch durch den innerdeutschen Reiseverkehr in beträchtlicher Stückzahl den Osten erreichte. Über den letztgenannten Weg kamen sogar noch viele Exemplare dieser Zeitschrift, die seit 1950 »Der Kriegsblinde« hieß, bis in die siebziger Jahre in die DDR. Dazu gehörte auch das »Kriegsblindenjahrbuch«. Vom Umfang her wird die Einflussnahme des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands auf die Auffassungen und Stimmungen der Kriegsblinden in der DDR dadurch deutlich, dass er 1200 Adressen von Kameraden besaß, die mit seinem Schrifttum vertraut gemacht wurden. Es war erstaunlich, in welchen Mengen Literatur trotz Kontrolle die Adressaten erreichte. Der damalige Bundesvorsitzende, Dr. Hans Ludwig, erwähnte 1962 diese Aktionen in der Tonbandzeitschrift des BKD »Das Echo«.

Die Vergangenheit im organisierten deutschen Kriegsblindenwesen vor 1945, aber auch der aktuelle Einfluss aus Westdeutschland, stärkten die Positionen der Kriegsblinden in der Sowjetischen Besatzungszone, für einen eigenen Verband einzutreten. Bei Pielasch und Jaedicke ist in der »Geschichte des Blindenwesens in Deutschland und in der DDR« nachzulesen:

»Im Mittelpunkt dieses ideologischen Klärungsprozesses standen die Fragen der privilegierten Betreuung der Kriegsblinden, deren Folgererscheinung die Bildung voneinander abgesonderter Blindenvereine sein sollte ...«. (vgl.: Pielasch, Jaedicke: a.a.O., S. 181) Diese Feststellung verdeutlicht das Bestreben vieler Kriegsblinder, auch in Ostdeutschland eine eigene Organisation zu schaffen. Hierin lag der Widerspruch zu den Interessen der Zivilblinden und eines Teiles der Kriegsblinden für die Bildung einheitlicher Organisationsformen, wie sie in den Blindenausschüssen und später im Allgemeinen Deutschen Blindenverband der DDR realisiert wurden. Ebenfalls mussten jene Kriegsblinden, die für die organisatorische Verselbständigung eingetreten waren, erkennen, dass dieses Ziel sich wegen des alliierten Kontrollratbeschlusses Nr. 3 auf Nichtzulassung von mit dem Krieg zusammenhängenden Organisationen nicht verwirklichen ließ. Die sowjetische Besatzungsadministration und auch die deutschen Behörden hätten demzufolge weder eine verdeckte Organisation noch einen offiziellen Verband zugelassen. Dennoch führte diese Situation nicht zu einer organisierten Opposition der Kriegsblinden. Hierzu verfasste H. Schachel, Salzwedel, einen Artikel mit dem Titel »Warum Opposition?«. In ihm werden bestehende gegensätzliche Positionen zwischen Kriegs- und Zivilblinden reflektiert, und sein Inhalt widerspiegelt somit die damalige Situation in der Sowjetischen Besatzungszone. (vgl.: »Die Gegenwart«, 9/10, 1947, S. 16)

Wie bei allen Menschen ging es ja in jener Zeit vorrangig um die Neuorientierung im Alltagsleben. Für Kriegsblinde war dies mit besonderen Problemen verbunden. Es galt eine vielfach schon während der Lazarettaufenthalte begonnene oder beendete Umschulung für die berufliche Tätigkeit zu nutzen. Die Gestaltung des persönlichen Lebensumfeldes, besonders von Partnerbeziehungen erwies sich als Herausforderung für die Beteiligten. So waren es letztlich alle diese Faktoren, die im Alltagsleben der Kriegsblinden die oberste Priorität besaßen und Bestrebungen zur Bildung eines Kriegsblindenverbandes in den Hintergrund drängten.

Anscheinend waren es die oben skizzierten Sachverhalte, die für viele Kriegsblinde zu Motiven ihrer Mitarbeit in den zwischen 1946-48 gegründeten Blindenausschüssen wurden. Sie arbeiteten hierin zusammen

mit Zivilblinden für die Realisierung sozialer Interessen aller Blinden. Die Blindenausschüsse blieben bis zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Blindenverbandes (ADBV) 1957 die einzige Organisationsform der Blinden.

2.

DIE BESONDERE POLITISCH-ORGANISATORISCHE LAGE DER KRIEGSBLINDEN IN GROSS-BERLIN

Das Gebiet von Groß-Berlin war nach dem Kriege unter den vier Besatzungsmächten aufgeteilt, die ihre politischen Einflüsse geltend machten. Diese Situation wirkte sich in sehr unterschiedlicher Weise auch auf die Klärung von Problemen Blinder aus. Daher soll der Blindenbewegung in Groß-Berlin ein gesondertes Kapitel gewidmet sein, denn man kann die organisatorische und politische Lage der Blinden nur im Zusammenhang mit der Sondersituation der Stadt verstehen.

In Berlin lag die politische Oberhoheit in den Händen der Alliiertenkommandantur, in der die Vertreter der amerikanischen, englischen, französischen und sowjetischen Besatzungsmächte ihre Interessen realisierten. Diese Kommandantur der vier Mächte fungierte, zum Teil eingeschränkt, bis 1948 und in speziellen Bereichen noch später, wie zum Beispiel bei der Flugsicherheit, der Abnahme von Fäkalien aus Westberlin und bei der Lösung innerstädtischer Verkehrsprobleme. Danach sprengten die Auswirkungen des inzwischen entstandenen Kalten Krieges auch ihre gemeinsame Arbeit. Eine Ausnahme blieb die gemeinsame Flugsicherung der Luftkorridore von Berlin in den Westen und zurück.

Nur innerhalb dieser politischen Rahmenbedingungen konnte sich in Berlin die Herausbildung von Organisationsformen beziehungsweise Organisationsstrukturen der Blinden vollziehen, zumal die alliierte Kommandantur auch über die Zulassung von Organisationen entschied. Nur in diesem Zusammenhang werden die Probleme sichtbar, welche die 3000 Zivilblinden und 700 Kriegsblinden in Groß-Berlin zur Wahrung ihrer Interessen zu lösen hatten. Dieser Prozess soll nun im Weiteren konkreter dargestellt werden. Hierbei stützt sich der Verfasser wesentlich auf analytische Recherchen von Dr. Hartmut Mehls, deren Ergebnisse er u.a. veröffentlichte in: »125 Jahre Blindenselbsthilfe – Die Geschichte des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin gegründet 1874 e.V.«(Berlin, 1999, S. 107 ff.).

Wie schon erwähnt, vollzog sich die Organisationsbildung Kriegsblinder zusammen mit den Zivilblinden innerhalb eines Verbandes. Zunächst waren es die Blindenausschüsse in den Stadtbezirken Großberlins, welche die ersten Organisationsformen darstellten. Sie wurden zeitgleich mit den Blindenausschüssen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ab 1946 gegründet. Zu ihrer Gründung bedurfte es der Zulassung durch die alliierte Kommandantur. Der bis 1945 auch in Berlin existierende »Bund erblindeter Krieger« (BeK) war wegen seiner Beziehung zum Krieg und der Staatsnähe zum untergegangenen Regime auch in dieser Stadt nicht wieder zugelassen worden. Und der schon 1874 gegründete »Allgemeine Blindenverein Berlin« befand sich in einer Art Ruhestatus. So konnten die Kriegsblinden zunächst ihre sozialen Belange nur innerhalb der Blindenausschüsse in den Stadtbezirken und im Blindenbeirat für Groß-Berlin vertreten. Erste Bemühungen der Kriegsblinden zur Realisierung ihrer Interessen entstanden innerhalb dieser Ausschüsse. Anträge des bis dahin Ruhestatus tragenden »Allgemeinen Blindenvereins Berlin« sowie der Kriegsblinden auf Wiederezulassung eines Kriegsblindenverbandes wurden am 2. März 1948 von der alliierten Kommandantur beraten. Die Vertreter der Westsektoren stimmten der Wiederezulassung beider Blindenorganisationen zu. Der sowjetische Vertreter war dagegen und der Meinung, dass eine einzige Organisation ausreiche, den sozialen Interessen der Blinden Rechnung zu tragen. So kam keine Einigung zu Stande. Nachdem die alliierte Kommandantur im Zuge der Auswirkungen des Kalten Krieges ihre Tätigkeit weitgehend eingestellt hatte, erhielt der Allgemeine Blindenverein vom Büro des Direktors der amerikanischen Militärregierung in Berlin ein Schreiben, das die Zulassung einer »nichtpolitischen Organisation für das Gebiet des amerikanischen Sektors in Berlin« enthielt. Gleichzeitig war hiermit die Empfehlung verbunden, die Kriegsblinden mit in diese Organisation einzubinden, was deren Eingliederung zur Folge hatte. Das Bestreben der Kriegsblinden für eine eigene Organisation blieb jedoch nach wie vor aktuell. Ein besonderer Umstand kam diesen Interessen entgegen. Die bekannte und aktive jüdische Betreuerin von Kriegsblinden des Ersten Weltkrieges, Betty Hirsch, kam 1946 aus ihrer englischen Emigration in

ihre frühere Wirkungsstätte Berlin zurück. Sie setzte sich sogleich wieder für die Interessen der Kriegsblinden ein und fand bei der Senatorin und späteren regierenden Bürgermeisterin Luise Schröder Gehör. Diese machte ihren Einfluss gegenüber dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Ostrowski geltend, den Berliner Kriegsblinden eine Großversammlung im Schöneberger Rathaus zu gestatten. Die Versammlung der Kriegsblinden aus ganz Berlin konnte am 16. Februar 1947 im überfüllten Saal durchgeführt werden – die jedoch von der Öffentlichkeit ignoriert wurde. In seinem Referat verdeutlichte Axel Bischoff, Bundesvorsitzender des »Bundes erblindeter Krieger« von 1923 bis 1929, die kausal begründete Notwendigkeit einer eigenen Organisation, verbunden mit ebenso begründeten Versorgungsansprüchen. Erst wenn die Wiederzulassung eines Kriegsblindenverbandes von der Militärregierung abgelehnt werden sollte, war die Mehrheit der Versammlung bereit, sich in eine Organisation für alle Blinden eingliedern zu lassen. Hierfür wurden drei Bedingungen gestellt:

1. die paritätische Zusammensetzung der Leitungen auf allen Ebenen,
2. die Bildung einer Kriegsblindensparte innerhalb des Vereins mit eigenem Vorstand,
3. die Vertretung der besonderen Belange der Kriegsblinden ausschließlich durch sie selbst.

Am 7. November 1948 fand eine Generalversammlung des Allgemeinen Blindenvereins verbunden mit einer Vorstandswahl statt. Axel Bischoff wurde 2. Vorsitzender und sein kriegsblinder Kamerad, Karl Lamsbach, 2. Beisitzer. Die paritätische Leitungsstruktur wurde dann ebenfalls in den unteren Leitungsebenen realisiert. Am 28. November konstituierte sich dann der Vorstand der Interessengruppe der Kriegsblinden innerhalb des Allgemeinen Blindenvereines. Damit waren die für eine organisatorische Verselbständigung notwendigen Voraussetzungen vorhanden. Am 16. Juni 1949 erklärten die Kriegsblinden dem Allgemeinen Blindenverband überraschend ihren Austritt. Der Grund war, dass die französische Militärregierung eine eigenständige Organisation der Kriegsblinden genehmigt hatte unter dem Namen »Gemeinschaft

erblindeter Versehrter«. Die organisatorische Ausweitung auf alle Westsektoren vollzog sich dann rasch.

Im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik waren inzwischen auch die Bedingungen für die Bildung des »Bundes der Kriegsblinden Deutschlands« (BKD) herangereift. Das Gründungsdatum war der 27. September 1949 in Stuttgart. Auch die Westberliner Kriegsblinden bildeten einen Landesverband, der in den »Bund der Kriegsblinden Deutschlands« integriert wurde. Axel Bischoff übernahm die Funktion des Landesverbandsvorsitzenden.

Die im Ostsektor wohnenden Kriegsblinden blieben in den bestehenden Blindenausschüssen organisiert. Nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde Ostberlin zu ihrer Hauptstadt. Für diesen Teil der Stadt konstituierte sich ein Landesblindenausschuss. Er arbeitete bis zur Gründung des »Allgemeinen Deutschen Blindenverbandes« im Jahr 1957. Geschäftsführer war für viele Jahre Georg Hiller.

Eine organisatorische Besonderheit zeigte sich im Großraum Berlin dadurch, dass ein Teil der Mitglieder aus der Bezirksorganisation des Blindenverbandes in Ostberlin zugleich auch Mitglied des Allgemeinen Blindenvereines in Westberlin blieb. Bis zum Bau der Mauer besuchten schätzungsweise ein Drittel der kriegsblinden Ostberliner die Weihnachtsfeiern in Westberlin. (vgl.: »Niederschriften des Allgemeinen Blindenvereines bis 1961«)